



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 17. bis 23. Oktober 1915
ist die Beitragsmarke in das mit 42 bezeich-
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Höchstpreise.

Von einem besonderen Mitarbeiter.

I.

IK. Den berechtigten Klager über die hohen Preise aller Gebrauchsartikel, nicht zum mindesten unserer Nahrungsmittel, können durch keine noch so geschickt geführten Nachweise über höhere Produktionskosten und Handelspreisen zum Schweigen gebracht werden. Diese Erklärung genügt nämlich nicht, weil die Preise über die tatsächlich höheren Aufwendungen hinausgegangen sind und die Beschränkung nur durch Zwangsmaßnahmen gegen Produzenten und Händler möglich ist. Als solche Zwangsmaßnahmen ist sofort bei Ausbruch des Krieges die Festsetzung von Höchstpreisen wirksam geworden.

Im Handel hat man sich mit dieser Neuordnung bisher nicht zufrieden gegeben und die Produzenten haben ihren Widerstand nur aufgegeben, wenn die Preise recht hoch festgesetzt wurden. Ueber die Wirkung der Höchstpreise versucht man fortgesetzt die Bevölkerung irre zu führen, und es fehlt nicht an Stimmen, die dafür eintreten, die Freiheit des Handels wieder einzuführen, mit der Begründung, die Preislage werde dadurch günstiger für den Konsumenten.

Es ist klar, daß gewisse Kreise ein Interesse daran haben, die Marktlage voll auszunützen, und daß sie jede Behinderung unangenehm empfinden. Ohne Höchstpreise, ganz unter der Führung der freien Konkurrenz, hätten wir für die Nahrungsmittel, die heute unter Höchstpreisen stehen, die wildeste Preistreibererei. Wir klagen mit Recht über die hohen Getreidepreise. Wenn wir aber berücksichtigen, daß in Rumänien im freien Verkehr Gerste und Weizen einschließlic der Spesen die Lonne mit 600 Mark nach Deutschland gehandelt wird, während wir Weizenhöchstpreise von 250 Mark haben, so können wir uns ein Bild machen, was uns bevorsteht, wenn uns der freie Handel, im Verein mit den Produzenten, ganz nach Belieben die Preise diktiertem könnte. Wie schwer es empfunden wird in den Kreisen der Interessenten, daß sie sich diesem Zwang fügen mußten, ist daraus ersichtlich, daß seinerzeit Graf Mirbach in einer Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer es als eines der großen Opfer, die die Landwirtschaft bringe, bezeichnete, daß sie auf die Ausnützung der freien Marktlage verzichtete.

Einige Interessenten des freien Handels haben höhnend darauf hingewiesen, daß die Höchstpreise umgangen werden, d. h. zu höheren Preisen Waren vermittelt wurden. Das ist kein Versagen der Höchstpreispolitik; denn diese Kreisläufe zu beseitigen, genügt ein festes Zugreifen der Behörden. Daran hat es vielfach gemangelt, weil unserem ganzen hehörtlichen Verwaltungsapparat, der auf dem Lande mit agrarischen Interessen eng in Berührung kommt,

diese Anordnung sehr zuwider ist. Inbes, ein Beweis für das Fehlschlagen der Höchstpreispolitik ist das nicht, sondern nur ein Widerstreben gegen eine bisher in der preußischen Verwaltung unbekanntes Tendenz.

Weiter wurde von derselben Seite mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Höchstpreise zu Normalpreisen geworden sind für die betreffenden Artikel, ein Tangieren unter diese Höchstpreise gar nicht in die Erscheinung getreten ist. Von diesem Argument haben sich leider auch einige unserer Parteifreunde irre führen lassen. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn für einen Bedarfsartikel, der nicht im Ueberfluß auf dem Markt vorhanden ist, Höchstpreise festgesetzt werden, diese Höchstpreise Normalpreise werden.

Da nun bei einer großen Anzahl unserer Nahrungsmittel ein mangelndes Angebot vorhanden ist, muß der Preis dauernd bis zur Höchstgrenze steigen. Es handelt sich mithin darum, eine den Konsumenten schützende Maßnahme herbeizuführen; die Höchstpreise dürfen nicht übermäßig hoch gestellt werden, sondern müssen unter Berücksichtigung der Produktionskosten unter Zuschlag eines mäßigen Betriebsgewinns ermittelt werden. Das ist leider nicht geschehen. Die große politische Interessengruppe, die den agrarischen Bestrebungen ohne Rücksicht auf irgend welche anderen Interessen nachgeht, hat es verstanden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Preise weit über das Maß berechtigter Ansprüche festgesetzt wurden. Hier haben wir mit einem Fehler in der Höchstpreispolitik zu rechnen, der aus den gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen entspringt, aber immer noch milder ist, als in der gegenwärtigen Zeit das wilde Treiben der freien Konkurrenz.

Ein anderer Grundsatz, der bei der Höchstpreispolitik vielfach eine Rolle spielt, muß entschieden als unrichtig zurückgewiesen werden. Man hat bei der Festsetzung der Preise für Futtermittel sich darauf besuhen, welchen Wert diese Futtermittel haben gegenüber dem Preisstand, den im Ausland die Futtermittel erreichen, oder man hat auch, wie zum Beispiel bei Festsetzung der Kartoffelpreise, Vergleiche angestellt, welchen Wert die Kartoffel als Futtermittel hat, wenn Gerste und Hafer auch im Inland hoch im Preise stehen. Das bedeutet leider, daß die Spekulation des Auslandes, die aus unserer Notlage Vorteil zieht, wenn auch mit geschwächten Kräften, im Inland fortgesetzt wird. Der Landwirt hat nur einen Anspruch, daß der Preis so gestellt wird, daß ihm die Produktionskosten, plus Betriebsgewinn gesichert werden, nicht aber ein besonderer Kriegsgewinn als Aufschlag genommen wird. Wenn von diesem Gesichtspunkt geleitet, der Höchstpreis festgesetzt wird, so wird er dem Landwirt kein Anrecht zufügen.

II.

Mit dem Höchstpreis muß in enger Verbindung stehen das Recht der Beschlagnahme für diejenigen Gebrauchsartikel, die der Volksernährung gesichert werden müssen. In jedem Fall erscheint mit dem Höchstpreis die Beschlagnahme der gesamten Bestände nicht notwendig. Die Beschlagnahme von Roggen und Weizen mußte gefordert werden, weil

sonst die Gefahr bestand, daß ein Teil zu Futtermitteln benützt und damit die Verwendung für die menschliche Nahrung beengt würde. Anders gestaltet sich schon bei der Kartoffel die Beschlagnahme. Wenn wir die Gewißheit haben, daß eine große Kartoffelernte den Anteil für die menschliche Nahrung vollständig befriedigt, so ist die Beschlagnahme unnötig, ohne daß es sich empfiehlt, den Höchstpreis deshalb aufzuheben. Denn wir müssen immer mit schwankenden Marktverhältnissen rechnen, die durch die Kriegslage hervorgerufen werden. Es braucht nur daran erinnert zu werden, wie durch den Einbruch unsere Kartoffelbestände langen nicht aus, ein plötzlicher Ansturm auf dem Kartoffelmarkt die größte Kalamität hervorgerufen hat. Die Höchstpreisfestsetzung für Kartoffeln im Frühjahr gibt auch ein Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll. Die Höchstpreise waren erst in mäßiger Höhe, wurden dann aber fortgesetzt heraufgeschraubt. Die Folge war eine sehr unsichere Marktlage und künstliche Zurückhaltung vom Markt, um auch die letzte Steigerung zu erlangen. Zum Glück ist diese Höchstpreispolitik, die dem Produzenten Preise bis zu 12,— Mk. den Zentner in Aussicht stellte, dadurch durchkreuzt worden, daß man mehr Kartoffeln zur Verfügung hatte, als wir nach statistischen Berechnungen annehmen mußten. Das plötzliche große Angebot der zurückgehaltenen Bestände hat dann den Preis unter den Höchstpreis sinken lassen. Uebrigens ein Beweis dafür, daß bei einem Ueberfluß an Gebrauchsartikeln auf dem Markt der Höchstpreis nicht mehr in Wirksamkeit tritt, sondern nur die Grenze bildet, über die eine wilde Spekulation nicht hinausgehen darf.

Sehr bemerkenswert war, daß in der letzten Tagung des Reichstages der Staatssekretär Dr. Delbrück andeutete, es müsse versucht werden, Interessentenkreise des Handels und der Produktion zu einer Organisation zusammen zu bringen, um mit dieser über die Preisbildungen Vereinbarungen zu treffen. Es scheint uns, daß dem Staatssekretär das Beispiel der großen Kartelle vorschwebt, die in ihrer Organisation eine Preisregelung viel leichter durchsetzen können, als der freie Handel. Dem ist nur entgegen zu halten, daß sofort sehr große Schwierigkeiten eintreten, wenn es sich um eine große Zahl kleiner Gewerbetreibender handelt. Kartelle sind nur wirksam geworden mit ihrer Preispolitik, wenn sie sich im wesentlichen auf große Unternehmungen erstrecken, und so Preise und Produktion beherrschten. Diese Kartelle haben die Preispolitik der Regierung überflüssig gemacht. Wo ihnen aber die Verlockungen Reiz boten, es jetzt mit dem freien Wettbewerb zu versuchen, um sich der lästigen Kontrolle und der Aufsicht des Kartells zu entziehen, hat die Regierung, wie beim Kohlenyndikat, die Androhung erlassen, daß sie den Zwang dann durch die Gesetzgebung ersetzen würde. Das Mittel hat vorläufig geolfen.

Sehr interessant ist auch, wie sich die Verhältnisse auf dem Petroleummarkt gestalteten. So lange die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft die Führung hatte, d. h. noch genügende Bestände, um sie auf den Markt zu bringen, blieb der Preis in mäßigen Grenzen. Das änderte sich sofort, als

die Konkurrenz aus Rumänien und Galizien sich breit machte und uns Preise mit 100 Prozent Aufschlag bescherte. Unter der Herrschaft der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft wäre die Preisfestsetzung der Regierung für Petroleum unnötig gewesen. Aber mit dem Auftreten der freien Konkurrenz hat die Regierung, wie man anerkennen muß, wenn auch wie immer reichlich spät, eine erhebliche Herabsetzung der Preise vorgenommen. Wenn sie mit derselben Entschiedenheit die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte herabgesetzt hätte, stände manches besser für unsere Volksernährung als wie gegenwärtig.

Es ist sehr unsicher, ob es gelingt, durch eine Zwangsorganisation des Großhandels Ordnung und Regelung des Marktes und der Preisbildung herbeizuführen. Das wird besonders auch da schwierig sein, wo es sich um Produkte handelt, die fortgesetzt Preisschwankungen unterworfen sind. Wir weisen nur auf den Markt für Gemüse und Obst hin. Die Organisation müßte dann auch mit sehr weitgehenden Zwangsvollmachten ausgestattet sein, um ihren Zweck zu erreichen. Diese Zwangsvollmachten könnten aber wohl kaum so begrenzt werden, daß sie nur der Preisbildung dienen, die im Interesse einer billigen Nahrungsmittelversorgung liegt. In den Händen einer geschickten Leitung kann sie das Gegenteil erreichen. Eine gewisse Sicherung würde nur damit erreicht, daß die Preispolitik unter staatliche Kontrolle gestellt wird. Es muß deshalb gegenüber einem solchen Versuche, durch andere Mittel die Höchstpreisfestsetzung auszuschalten, zur größten Vorsicht gemahnt werden. Eine richtig angewandte Höchstpreispolitik bietet gegenwärtig den besten Schutz gegen eine Uebervorteilung, nicht nur des Konsumenten, sondern auch des Produzenten und des Handels. Eine feste Grundlage der Preise beseitigt die Spekulation. Das mag manchen zweifelhaften Existenzen, die dem Handel nicht gerade zur Stütze gereichen, das nötige Betätigungsfeld entziehen, aber volkswirtschaftlich werden wir keinen Schaden durch die Ausschaltung solcher Existenzen erleiden. Notwendig ist nur bei einer wirklich guten Durchführung der Höchstpreispolitik, daß man nicht davor zurückschreckt, alle die Bestimmungen der Bundesratsverordnung in Anwendung zu bringen, die Waren zu beschlagnahmen, wenn sie der Produzent oder Händler zurückhält. Die Preisfestsetzung muß ferner jeden Anreiz zur Spekulation für einen späteren Verkauf der Ware ausschalten und sich nicht durch das Geschrei der Interessententeile über den berechtigten Anspruch solcher Zuschläge irre führen lassen. Eine solche Höchstpreispolitik, geleitet von dem Gesichtspunkt, dem Gesamtwohl zu dienen, würde für die Nahrungsmittelversorgung unserer Bevölkerung von unschätzbarem Wert sein und nicht zum geringsten für die Sicherung und Stärkung der inneren Festigung unseres Volkes beitragen.

Unnütze Menschen.

IK. Unter diesem Titel veröffentlichte kürzlich die große russische Zeitung „Russkoje Slowo“ die folgende ergreifende Schilderung ihres Mitarbeiters Piotr Wschenski aus Ufa im Ural: Die Welle der Flüchtlinge hat ganz Rußland berührt, den Ural erreicht und rollt weiter durch Sibirien.

Ich weiß aus den Zeitungen, wie die Lage der Flüchtlinge in Moskau ist — schrecklich zu lesen — und doch muß ich sagen, daß ihr Leben in Moskau ein Paradies ist im Vergleich mit dem, was ich hier sehe, wo ich die Flüchtlinge unterwegs beobachte. In Moskau haben sie ein Dach, Brot und, was die Hauptsache ist, das Bewußtsein, daß jemand an sie denkt und für sie sorgt.

Und hier sieht es so aus: Auf dem Rangiergeleise bei der Station Ufa, weit entfernt vom Bahnhof, stehen zwei lange Züge mit Flüchtlingen. Der eine ist bereits gestern eingetroffen, der andere heute früh. Neben jedem Zuge wird nasse, aber ungewaschene Wäsche getrocknet. Daneben und unter den Eisenbahnwagen spielen und laufen die älteren Kinder herum. Im Inneren der Wagen wiederholt sich stets ein und dasselbe Bild. Gerümpel und Menschen sind zu einem Haufen zusammengewürfelt. Diese Menschen sind alte Frauen, Kinder, Kranke und Leute, die unterwegs entkräftet zusammen-

Heimarbeiter und Heimarbeiterinnenlöhne.

Einen Einblick in die oftmals recht traurigen Lohnverhältnisse von Heimarbeiterinnen gewährt eine Versammlung, die kürzlich in Berlin stattgefunden hat und vom Verband der Schneider und Schneiderinnen einberufen war. Die Teilnehmer waren ausschließlich Heimarbeiterinnen, die Heeresbedarfartikel, Sandfäden, Sanitätsstaschen, Helmbezüge, Patronengürtel usw. anfertigen, also mit Arbeiten beschäftigt sind, für die vom Auftraggeber keine Schundpreise bezahlt werden. Wenn die Arbeiterinnen trotzdem Schundlöhne dafür erhalten, so liegt das also nicht an dem Preis, den die fertige Ware erzielt, sondern an dem im Nähereibereich üblichen System, einen Auftrag durch drei, vier Zwischenunternehmer an die eigentlichen Arbeiter gelangen zu lassen. Ferner auch an der Möglichkeit, die Arbeiterinnen mit niedrigen Löhnen abzuspeisen zu können. Jede Zwischenperson will natürlich verdienen und zwar möglichst viel. Deshalb bleibt als Arbeitslohn dann nicht mehr viel übrig. In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß an einem großen Posten Dresshosen der Zwischenunternehmer allein für die Weitergabe des Auftrages 3 Mark pro Stück verdient habe. Für Hosen, für die ein Arbeitslohn von 1,08 Mark festgesetzt war, wurden nur 50 Pfg. und manchmal sogar noch weniger gezahlt. Sandfäden ohne Tragschlaupe, die der Näherin 5 Pfg. pro Stück bringen sollten, wurden mit 3 Pfg., ja sogar mit 1,70 Mark pro 100 Stück bezahlt. Für Helmbezüge gab es 1 Mark pro Dtz., während 22 Pfg. pro Stück amtlich festgesetzt waren. Derartige Beispiele wurden eine ganze Reihe angeführt. Die Leidtragenden sind in allen Fällen die Heimarbeiterinnen. Diese mühen sich in anstrengender Arbeit ab, sich und ihre Familie durch ehrliche Arbeit zu ernähren oder ihnen eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen, und es schmerzt sie, wenn sie durch ein System, das in dieser Form und in solchem Umfange nur in den Berufen vorhanden ist, die Heimarbeiterinnen aufweisen.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen konnte in vielen Fällen, vor allen Dingen bei Arbeiten, die im Auftrage von Befehlshabern angefertigt wurden, den betreffenden Arbeiterinnen die Differenz zwischen dem festgesetzten und dem zu wenig gezahlten Preis einklagen. Manche Arbeiterin hat dadurch mehrere Hundert Mark auf einmal nachgezahlt erhalten. Manchmal aber war es nicht möglich, den Schuldigen zu fassen, weil der unmittelbare Arbeitgeber eben nicht immer der eigentliche Unternehmer ist.

Häufig kommt die Lohnkürzung aber gar nicht zur Kenntnis derjenigen Stellen, die dagegen einschreiten könnten. Manchmal, weil die Arbeiterinnen nicht wissen, was sie zu fordern berechtigt sind und dann auch, weil sie sich nicht getrauen, solche An-

gaben zu machen aus Furcht dann entlassen zu werden. Schlechtbezahlte Arbeit aber erscheint ihnen doch immer noch besser als gar keine. Hier von legen die große Anzahl anonym er Zuschriften an die Organisation Zeugnis ab.

Geringe Entschädigung an Heimarbeiterinnen für Arbeiten, für die gute Preise bezahlt werden, bedeutet schon ganz allgemein eine Ungerechtigkeit. Sie ist in der gegenwärtigen Zeit so zu bewerten wie der Wucher mit Lebensmitteln. Militärbehörden haben denn auch wiederholt dagegen Stellung genommen. Am 19. September wurde in Berlin folgende amtliche Verfügung bekanntgegeben:

„Unternehmern und Lieferanten, die durch Zwischenhändler und Vermittler bei der Fertigung von Sandfäden die Arbeiterinnen durch Herabdrücken der Stück-Nahelöhne auszubeuten suchen, so daß es diesen nicht möglich ist, sich den ortsüblichen Tagesverdienst zu verschaffen, werden die Betriebe geschlossen.“

Eine solche Stellungnahme ist gerecht. Nur schade, daß die Arbeiterinnen eigentlich selbst schuld daran sind, daß derartige Zustände sich herausbilden konnten. Die Heimarbeiterinnen sind in ihrer übergroßen Mehrzahl unorganisiert. Alle jahrelangen Versuche, sie für die Organisation zu gewinnen, waren nahezu erfolglos, wenn man die große Zahl berücksichtigt, die als Heimarbeiterinnen tätig sind. Einen Teil der Schuld hieran trägt die gesamte organisierte Arbeiterschaft. In Rücksicht auf die Schwierigkeiten für die Berufsorganisationen, die Heimarbeiterinnen aufzuklären, haben wiederholt Gewerkschaftskongresse in Resolutionen die organisierten Arbeiter, deren Familienangehörige Heimarbeiterinnen sind, verpflichtet, diese auf ihre Berufsorganisation aufmerksam zu machen und sie über deren Aufgaben zu informieren. Wären diese Beschlüsse beachtet worden, dann hätten wir heute nicht über solche Lohnkürzungen in diesen Berufen zu klagen. Dabei muß noch beachtet werden, daß das Eingreifen der Militärbehörden als Auftraggeber verschiedener schlechte Bezahlung verbietet oder wenigstens eingeschränkt hat. Die Militäraufträge nehmen aber einmal ein Ende, und damit schwindet auch für eine ganze Reihe von Berufen die vorhandene gute Konjunktur, die ebenfalls einen gewissen Schutz gegen Lohnreduzierungen bildet. Heimarbeiter dagegen wird bleiben und in Zukunft wahrscheinlich sogar in größerem Umfange vorhanden sein als dies früher der Fall war. Da ist es denn doch an der Zeit, sich der immer noch geltung habenden Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zu erinnern und mitzubekämpfen, die Heimarbeiterinnen für ihre Berufsorganisation zu gewinnen.

Nur dadurch kann den Arbeiterinnen ein annehmbarer Lohn gesichert und die Gesamtarbeiterschaft gegen die Schmutzkonkurrenz der Heimarbeiter geschützt werden. G. H.

gesunken sind. Dieses Gerümpel sind Hausgeräte, die oft unnützig sind. Man machte sich in aller Eile auf den Weg, erschreckt, und wie dies bei Feuersbrünsten der Fall ist, nahm man nicht das mit, was wichtiger ist, sondern das, was einem gerade unter die Hände kam. Die Leute sind in abgetragene, teils zerfetzte Kleider gehüllt. Es ist schon nicht mehr ein Bild der Armut, sondern das des Bettels. Ich gehe von einem Wagen zum andern und knüpfe Unterhaltungen an; nicht alle sprechen und verstehen russisch. Es sind viele Polen darunter, die nie ihr Land verlassen hatten. Auch Litauer, Weißrussen und Kleinrussen sind hier vertreten. Keines russisch hört man überhaupt nicht. Einige unterhalten sich in Sprachen, die man nie gehört. Ich richte an den einen eine Frage. Er schweigt. Sein Nachbar erklärt mir: „Er versteht die Fremden nicht.“ Welche Sprache spricht er denn?“ „Nur wohnnisch und er sagt, daß hier ein ganzer Wagen aus Wahnynien sei.“ Ich fange an auszufragen. „Wohin fährt ihr denn?“ „Alle geben buchstäblich ein und dieselbe Antwort: „Wir haben keine Ahnung, wir fahren und fahren, aber wohin weiß keiner.“ „Seid ihr schon lange unterwegs?“ „Wir fahren schon vier Wochen.“ „Und wir schon sechs.“ Der eine bemerkt: „Es ist uns natürlich einerlei, mögen sie uns fahren, wohin sie wollen. Immerhin, warum sagt man uns nicht, wohin es geht?“ Ein anderer unterbricht: „Es ist doch ge-

sagt worden: nach Sibirien.“ „Sibirien ist groß und warum nach Sibirien? Würde ich wissen, würde ich doch ruhiger sein.“ „Sie sollen fahren wohin sie wollen, überall kommt man dem Tode näher.“ Ich frage weiter: „Habt ihr heute gegessen?“ „Alle antworten zugleich: „Nichts haben wir gegessen, wir warten nur immer.“ „Man hat uns versprochen, daß man uns täglich füttern werde.“ „Wenn man uns doch wenigstens etwas geben würde.“ „Wann habt ihr denn zum letzten Male gegessen?“ „In Samara.“

Von Samara bis Ufa schleicht der Flüchtling zug mehr als 24 Stunden lang und hier steht er auch bereits seit mehreren Stunden. Infolge des Hungers, Schmutzes und der Enge begleiten sie auf ihrer Fahrt natürlich auch Krankheiten. Bei jedem Wagen stelle ich die Frage: „Sind Kranke vorhanden?“ und fast in jedem Wagen weist man mit einem nicht gleichgültigen aber müden Ausdruck auf Mitreisende. „Da . . .“ „Ist ein Arzt dagewesen?“ Die Frage wird verneint. „Was fehlt den Leuten denn, worüber klagen sie?“ „Meist Magenkrankheit, Gott weiß, was sie haben.“ Ich steige in einen Wagen und trete an die Kranken näher heran. Sie liegen da, gelb im Gesicht und winden sich in Schmerzen. Aus den an sie gerichteten Fragen werden auch die Symptome der Krankheit klar: Durchfall, Erbrechen und Krämpfe. Es ist klar, um welche Krankheit es sich handelt.

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

Der Ausgang des gegenwärtigen Krieges für Deutschland wird nicht nur abhängen von dem Erfolg unserer Waffen, strategischer Ueberlegenheit deutscher Heerführer und der Tapferkeit unserer Truppen, er wird auch erheblich beeinflusst durch gutes Funktionieren der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Durch die Absperrungsmaßnahmen, die England herbeigeführt hat, werden der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln starke Schwierigkeiten bereitet. Es muß versucht werden, möglichst mit den im Lande befindlichen Vorräten und im eigenen Lande erzeugten Lebensmitteln auszukommen.

Dies ist bei einer Bevölkerung von 70 Millionen, deren Bedarf zu einem Teil auf die Einfuhr bestimmter Artikel vom Auslande zugeschnitten war, keine leichte Aufgabe. Mit den getroffenen Maßnahmen kann namentlich die arbeitende Bevölkerung nicht immer einverstanden sein. Wiederholt ist deshalb auch in unserer Zeitung auf Fehler und Unterlassungsfünden der Regierungskreise in dieser Frage aufmerksam gemacht und Protest dagegen erhoben worden; denn die Arbeiterschaft leidet schwer unter diesen Kriegsfolgen, und für große Massen werden gesundheitliche Schädigungen durch Unterernährung nicht ausbleiben.

Um so erfreulicher ist es, daß die Arbeiterschaft selbst imstande war, durch ihre Organisationen auch auf diesem Gebiete in für die besitzlose Bevölkerung günstigem Sinne zu wirken und so wenigstens zu einem Teile beizutragen, daß ihre Interessen bei den Anpassungsmaßnahmen für den Lebensbedarf berücksichtigt werden.

Diese Wirkung üben die Konsumgenossenschaften aus. Auch dieser Organisation, die ihren Stützpunkt in der Arbeiterschaft hat, waren vor dem Kriege in ihrer Entwicklung große Schwierigkeiten bereitet worden. Sie wurden ebenfalls als sozialistische und deshalb staatsfeindliche Bestrebungen von der Regierung und vielen Behörden bekämpft, wie auch die Gewerkschaften. Trotzdem entwickelten sie sich und konnten ihren Umsatz von Jahr zu Jahr steigern.

Es ist dies auch nur zu natürlich. Die Konsumgenossenschaften sind darauf bedacht, ihren Mitgliedern gute Waren zu einem Preise zu beschaffen, der nicht durch private Gewinnjucht beeinflusst ist. Neben der Warenbeschaffung erstreben die Genossenschaften auch die Herstellung von Gebrauchsgegenständen zu gesundheitlich einwandfreien Bedingungen, was ihnen z. B. in einer Reihe von Städten bei der Herstellung von Brot und anderen Nahrungsmitteln in eigenen Betrieben in glänzender Weise gelungen ist.

In dem einen Wagen liegt mitten im Gerümpel auf dem Fußboden eine Frau. Ihr Gesicht ist mit einem Taschentuch zugebedekt. Es folgt eine kurze Unterhaltung: „Krank?“ „Tot.“ „Schon lange?“ „Seit früh.“ Ich sehe nach der Uhr. Die Uhr geht auf vier. Der Leichnam ist bis jetzt nicht fortgeschafft, keine Desinfektion ist vorgenommen worden, wie denn überhaupt dieser Tod keinerlei Bewegung hervorgerufen hat. Die Frau war tags zuvor völlig gesund, ging herum, fütterte die Kinder, und ihre ganze Krankheit dauerte nur eine Nacht. „Ist noch jemand in diesem Zuge gestorben?“ „Viele; es packt sie unterwegs und das Ende ist da.“

Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Bauern, doch sind auch Arbeiter darunter. Ich weiß, daß in jedem kriegs-industriellen Komitee ohne Unterlaß von dem Mangel an Arbeitskräften geredet wird und ich interessiere mich natürlich daher für die Frage, ob Vertreter dieser Komitees die Züge aufsuchen und die Flüchtlinge befragen, ob unter ihnen geeignete Kräfte vorhanden sind. Das wäre doch so einfach und zweckmäßig. Weit gefehlt. Ja, einer der Flüchtlinge erzählt mir mit Tränen in den Augen: „Ich bin Meister, ich kann arbeiten, bin Schlosser. Laßt mich nur fort von hier, ich werde überall Arbeit finden.“ „Wer hält euch denn?“ „Man laßt uns ja nicht frei.“ Wie habe ich darum gebeten. „Es geht nicht“ heißt es. Und so führt und führt man uns wer weiß wohin. „Wir haben

Die Leistungen der Genossenschaften veranlaßten deshalb immer mehr Arbeiterfamilien, namentlich Arbeiterfrauen, die Mitgliedschaft zu erwerben, denn nur an Mitglieder durften bis zum Kriegsbeginn Waren abgegeben werden. Vor dieser Zeit zählten die Konsumgenossenschaften bereits 1 650 000 Mitglieder und sie hatten im Jahre 1913 einen Warenumsatz von nahezu 675 Millionen Mark.

Daß die Haltung einer so großen Konsumentenorganisation einen Einfluß auf die Gestaltung des Warenmarktes ausüben kann, muß bei einiger Ueberlegung auch dem Laien einleuchten. In der Tat haben denn auch die Konsumgenossenschaften bis zu einem gewissen Grade preisbildend während der Kriegszeit gewirkt. Sie beteiligten sich nicht an der Verteuerung der Lebensmittel, die vielfach sofort einsetzte, als in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn die Lebensmitteläden von den verängstigten Hausfrauen so stark in Anspruch genommen wurden. Auch nach der Kriegserklärung, als Höchstpreise für einzelne Waren festgesetzt worden waren und in der Praxis unter diesem Preis meist keine Waren abgegeben wurden, verkauften die Konsumgenossenschaften noch immer zu den alten Preisen. Sie taten es so lange, bis sie selber beim Einkauf die Waren teurer bezahlen mußten und dadurch natürlich zu einer Preiserhöhung gezwungen waren. So war z. B. lange Zeit das Brot erheblich billiger in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften als in vielen Väterläden und manche Hausfrau wäre gerade in der Kriegszeit Mitglied der Genossenschaft geworden, wenn nicht jetzt die Beschränkung aufgehoben gewesen wäre, die Warenabgabe nur an Mitglieder gestattete. Nicht jede Käuferin sieht aber ein, daß sie durch ihren Beitritt die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften erhöhen hilft, sondern sie begnügt sich mit dem Vorteil, den ihr andere durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation verschafft haben.

Die Kaufbedingungen in Geschäften mit so großem Warenumsatz, wie ihn die Genossenschaften aufweisen, kann aber nicht ohne Einfluß auf die andern Geschäfte bleiben. Auch sind die Genossenschaften als Käufer in der Lage, auf die Bedingungen im Großhandel zu wirken. Und sie haben von dieser Möglichkeit nach Kräften Gebrauch gemacht, auch ihre Erfahrungen Regierungskreisen und Behörden zur Kenntnis gebracht und diese dadurch unterstützt in ihren Bemühungen, dem Nahrungsmittelwucher zu begegnen. Außerdem stellten sie ihre Läden und sonstigen Hilfsmittel den Behörden bereitwillig zur Verfügung bei dem Vertrieb der von diesen beschafften Lebensmittel. Auf der diesjährigen Generalversammlung der Konsumgenossenschaften, die im Juni in Frankfurt a. M. tagte, hob der dortige Bürgermeister in der Begrüßungsansprache ausdrücklich hervor, daß die Behörden die Aufgabe, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zu versorgen, nicht hätten erfüllen können, wenn nicht die Konsumgenossenschaften

euch empfangen und müssen euch abliefern“, heißt es. Ich schildere hier das, was ich auf der Station Ufa gesehen habe. Ich will keine Schlässe ziehen — sie liegen klar zutage; ich will auch keine Tränen vergießen — nicht Tränen können den Flüchtlingen helfen; ich will nur meine Skizze noch durch einige tatsächliche Angaben ergänzen. Die Tatsache, daß die Flüchtlinge nicht frei gelassen werden, verhält sich folgendermaßen. Der Schlosser hat Recht: man hat sie in Empfang genommen und man muß sie abliefern. Sie werden, wie es sich erweist, nicht wie Menschen, sondern wie Güter befördert — per Frachtbrief.

Die Behörden in Samara schreiben beispielsweise einen Frachtbrief aus: „abgesandt foundsoviel“. Die Behörden in Ufa revidieren auf Grund des Frachtbriefes die Stückzahl und machen einen Vermerk: „In Empfang genommen foundsoviel“. Jemand einen Schlosser unterwegs auscheiden zu lassen, bedeutet einfach eine Unterschlagung der Ware und Nichterfüllung eines dienstlichen Auftrages.

Weßhalb ist nichts vorbereitet für den Empfang der Flüchtlinge. Ueberall ein und dasselbe. Es ist ekelhaft, von diesem „warum“ überhaupt auch nur zu sprechen. Es erweist sich: die Flüchtlinge wurden nicht erwartet. Die Flüchtlinge sind, wie Sie sehen, vom Monde gefallen. Es war schon seit langer Zeit bekannt, daß wir viele bedeutende Punkte im Gebiete des Kriegsschauplatzes verlassen hatten. Es

als Vorbild und als Hilfskräfte vorhanden gewesen wären.

Es muß die Mitglieder der Genossenschaften mit Stolz und Freude erfüllen, wenn sie sehen, daß genossenschaftliches Wirken solche Resultate erzielen kann und erzielt hat. Ein recht bitterer Tropfen aber ist die Erkenntnis, daß eigentlich doch erst ein recht kleiner Teil der arbeitenden Bevölkerung von der Genossenschaftsbewegung erfaßt ist und ihr Einfluß ein ganz anderer sein könnte, wenn erst die große Masse den Wert des Genossenschaftswesens erkannt hätte. Gerade in der Kriegszeit mit ihrer Leuerung, die nicht nur eine Folge der Grenzsperrung ist, wirkt diese Erkenntnis doppelt betrübend.

Bis jetzt ist die Eigenproduktion z. B. noch verhältnismäßig gering. Zwar arbeiteten im Vorjahre bereits 4604 Personen in eigenen Betrieben der Genossenschaften bei der Warenerzeugung. Was bedeutet diese Ziffer aber im Vergleich zum Bedarf der Massen, die bei Ausbehnung der Eigenproduktion auch die Gewißheit hätten, daß für eine erhebliche Zahl Männer und Frauen geregelte und vorbildliche Arbeitsbedingungen geschaffen sind.

Daher bedeutet die Ausbehnung des Mitgliederkreises der Konsumgenossenschaften nicht nur Vergrößerung ihres Umsatzes, sondern zu gleicher Zeit erhöhter Einfluß des konsumierenden Publikums auf die Arbeitsbedingungen und den Warenmarkt, was für die arbeitende Bevölkerung von großer Wichtigkeit ist. Die Kriegszeit hat uns dafür die besten Beweise gebracht.

Korrespondenzen.

München. Erfreulicherweise folgten trotz des anhaltend unfreundlichen Wetters die Mitglieder unserer Zahlstelle der Einladung zur Versammlung in großer Anzahl. Kollege Albert Schmid, der sich zur Zeit für einige Tage hier auf Urlaub befand, hatte sich erboten am Mittwoch, den 6. Oktober, vor unseren Mitgliedern im Gewerkschaftshause über den Krieg und unseren nächsten Tarifabschluß zu referieren. Kollege Neumeier als Versammlungsleiter begrüßte den Redner, dessen einsündigen Ausführungen die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit folgten. Mehr wie 14 Monate, so begann Kollege Schmid, waret nun die Kriegsurie in Strömen von Blut über den Erdball, Entsetzen verbreitend und Not, Nummer und Glend herauf beschwörend, wo sie ihren Fuß hinsetzt. Wenn es uns nun in einer Zeit, wo dieser schredliche Krieg seine höchste Steigerung zu erhalten scheint, trotzdem möglich ist, unter freiem Dache über wirtschaftliche Fragen zu sprechen, so verdanken wir es dem Hellemute der deutschen Krieger, die das Vaterland gegen eine Welt von Feinden verteidigen. Deshalb müsse man ehrend insbesondere derjenigen gedenken, die mit ihrem Herzblut ihr Einstehen für die Sicherheit des Vaterlandes bezahlten. Ehrend wolle auch der Redner gleich zu Anfang seiner Ausführungen der aus unserem Kreise bereits ge-

war somit klar, daß Flüchtlinge sein werden. Es war somit klar, daß alle Städte hiervon benachrichtigt sein mußten. Es war somit klar, daß alle informierten Städte sich zum Empfang dieser Flüchtlinge vorzubereiten hatten. Und im Resultat hat keiner irgendwelche Vorbereitungen getroffen. Es herrscht völlige Ratlosigkeit. Alle empfangen die Flüchtlinge mit erstaunter Miene: „Woher hat Gott die Menge gesandt?“ Jetzt drängt sich die hohe Obrigkeit und die öffentlichen Organisationen um die Flüchtlinge wie bei einer Feuerbrunst. Ein Gedränge und Gelaufe, aber wenig Sinn und Zweck, alle sind mit leeren Händen zusammengekommen und fangen an, wo es brennt, den Schlauch zu nähern.

Ich verließ bereits den Bahnhof, als ich von der Droßke aus beobachten konnte, wie ein Flüchtlingsszug sich in Bewegung setzte. So sind die Leute auch ohne Mittag geblieben und ich weiß nicht, ob man Zeit gefunden hat, den Leichnam jener Frau mit dem bedeckten Gesicht aus dem Wagen zu entfernen. Und man hatte das Gefühl, daß dieser Zug sich auf dem Wege nach der Station „Ewigkeit“ befand, auf welchem Wege auch wir alle einmal zum letzten Mal umzustiegen haben werden. Warum zwingt man aber diese Passagiere nicht, gemäß Fahrplan des Menschenschicksals umzustiegen? Pjotr Iščewski.

Fallenen Kollegen gedenken. Kollege Schmid verwies dann auf die Verbandstagverhandlungen in Leipzig, wo bei den Vertretern unserer Kolleginnen und Kollegen der feste Wille vorhanden war, bessere Grundlagen für spätere wirtschaftliche Kämpfe zu schaffen. Die bald darauf einsetzende, durch den Krieg herbeigeführte Sturm- und Drangperiode für die Gewerkschaften und insbesondere die für unseren Verband geschaffenen außerordentlichen schwierigen Verhältnisse, die insbesondere auch an unsere Verbandsstufe tiefste Anforderungen stellten, schilberte Redner des eingehenden und unter Darlegung eines reichen Zahlenmaterials. Redner besprach sodann die Lage des Arbeitsmarktes während des Krieges, und wie sie sich vermutlich nach dem Kriege gestalten wird und verwies dabei auf die verschiedenen Manipulationen der Unternehmer zur Herabdrückung der ohnedies kaum zum Leben mehr reichenden Löhne. Noch sagte der Redner, sei es zu frühe, sich in Prognosehungen zu ergeben, wie sich unsere nächsten Tarifverhandlungen unter den außerordentlichen — für die Arbeiterschaft noch nie dagewesenen Verhältnisse vollziehen werden, eines aber könne schon heute mit Bestimmtheit gesagt werden, nach wie vor werden alle Verbesserungen für die Arbeiterschaft und unsere Kollegen und Kolleginnen in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen sich nur nach der Stärke der Organisation richten. Strenge ging Kollege Schmid mit denjenigen ins Gericht, die den Verband solange zu finden wußten, als sie nur irgend eine Unterstützung erhalten konnten, nun aber ihre Pflicht gegenüber demselben vergessen haben. Dankend gedachte er der Arbeit, die unter den schwierigsten Zeitverhältnissen die Verwaltung der Zahlstelle geleistet und hat die Anwesenden in der Agitation um unsere gerechte Sache nicht zu erlahmen, die Verwaltung in der Aufklärungsarbeit zu unterstützen und auszuhalten, gleich denen im Felde, so daß die Feinde der Arbeiterschaft sehen mögen, daß die Organisationen der Arbeiter auch nach dem Kriege kräftiger den je dastehen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Unter Vereinsangelegenheiten wurde für das Verwaltungsmittglied Hans Süß, der nun auch einrücken mußte, Ersatzwahl vorgenommen und Kollegin Marie Richter einstimmig gewählt. Weiter wurde beschlossen, den im Felde stehenden zu Weihnachten wie im vorigen Jahr eine den Verhältnissen unserer Klasse entsprechende Unterstützung zu teil werden zu lassen, und einen Teil der dazu notwendigen Mittel durch Hinausgabe von Sammellisten an die Mitglieder, die in Arbeit stehen, aufzubringen. Die Frauen der im Felde stehenden Mitglieder unserer Zahlstelle werden ersucht, sich in der letzten Woche des November und der ersten Woche des Dezember am Verbandsbüro zu melden. Zum Schluß feuerte Kollege Neumeier die Anwesenden nochmals an, die Worte des Kollegen Schmid auch zu beherzigen und schloß hierauf die schon verlaufene Versammlung.

Rundschau.

Kriegsbeschädigtenfürsorge im deutschen Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe. Wie im Buchdruckgewerbe, so hat sich auch das Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker der beruflichen Fürsorge der kriegsverletzten Berufsangehörigen angenommen. Es hat jetzt einen Aufruf an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft erlassen, in dem u. a. darauf hingewiesen wird, daß den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft, die ihr Blut und ihre Gesundheit für die Erhaltung des Deutschen Reiches hingegeben haben, kein größerer Dank abgestattet werden kann, als ihnen die Möglichkeit zu geben, weiter in ihrem Beruf beschäftigt zu werden, um so vereint mit den Dabeimgeliebenen wieder an der Hebung des Gewerbes und dem Ausbau der Tarifgemeinschaft schaffen zu können. Das Tarifamt betrachte es als seine vornehmste Pflicht, auch für die kriegsverletzten Mitglieder der Tarifgemeinschaft Sorge zu tragen, damit sie das Vertrauen auf die eigene Kraft, dessen sie so dringend bedürfen, wiedergewinnen. Unter Beachtung dieser Gründe richtet das Tarifamt an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft die dringende Bitte: ihre früheren kriegsverletzten Angehörigen, soweit irgend möglich, wieder an ihre alten Arbeitsplätze zu stellen. Kriegsverletzte, die aus irgend welchen Gründen von ihrem Prinzipal nicht wieder eingestellt werden können, oder denen es nicht möglich ist, ihren früheren gelernten Beruf weiter auszuüben, haben sich zwecks Unterbringung unter Angabe der Art der Verletzung bei ihren Kreisämtern zu melden. Die Einstellung solcher Kriegsverletzter, die durch

die Art ihrer Verwundung gezwungen sind, zu einer anderen Sparte des Gewerbes überzugehen, was bei der starken Berufsgliederung des Chemigraphen Gewerbes in vielen Fällen ermöglicht werden kann, erfolgt auf Grund der tariflichen Bestimmungen für Ueberläufer. Die Tarifvertreter und Gruppenvorstände der Organisationen werden ersucht, kriegsverletzte Gehilfen festzustellen, und sich derselben anzunehmen. Das Tarifamt sei sich wohl bewußt, daß zur Durchführung des gesteckten Zieles es viel zu überwinden gibt, aber bei dem Ausbau der Tarifgemeinschaft, dem gegenseitigen Verstehen und Berücksichtigen der Interessen beider Parteien, würde auch das erstrebte Ziel ein weiterer Meistsein in der Geschichte der Tarifgemeinschaft sein. — Die Kreisämter setzen sich zusammen aus den Prinzipals- und Gehilfenkreisvertretern, den beiden Schiedsgerichtsvorsitzenden und Arbeitsnachweisverwaltern; sie treten zusammen, sobald Material vorliegt. Ueber die Erledigung der eingegangenen Anträge usw. über die Art der Verletzung, Beschäftigung und Entlohnung der in Frage kommenden Kriegsverletzten ist dem Tarifamt Bericht zu erstatten.

Heldennut und Bestrafung. Die „Bataille Syndicaliste“ vom 15. September bringt folgenden Auszug aus einem Feldbriefe: „Du hast wahrscheinlich sprechen hören vom Geschütz Dumesnil. Es ist dies eine Waffe, die Wurfgeschosse schleudert und von ganz antikem Bau ist; unsere Feldgrauen haben sie „Crapouillot“ getauft. Seit einiger Zeit werden diese Geschütze in wachsendem Maße angewandt, da sie eine demoralisierende Wirkung auf den Feind ausüben. Da diese Batterien in den vordersten Schützengräben aufgestellt werden, so ist ihre Bedienung sehr gefährlich. Anfangs geschah ihre Bedienung nur durch die sich hierzu freiwillig meldenden Soldaten, die nach Beförderung strebten. Jetzt aber werden hierzu Leute abkommandiert, die das Mißfallen der Vorgesetzten erregen. Aus den heldenhaften Posten wurden Strafposten. Kein Wunder, daß diese Waffe jetzt wirkungslos bleibt.“

Freizügigkeit der russischen Juden. Es ist von Interesse, den Wortlaut des Erlasses kennen zu lernen, der den russischen Juden die — noch immer beschränkte — Freizügigkeit gebracht hat. Der Minister des Innern schreibt an die Gouverneure: „Ich benachrichtige Eure Excellenz, daß ich im Hinblick auf die außerordentlichen Bedingungen der Kriegszeit und bis zur Revision der die Juden betreffenden Gesetze, laut dem Beschluß des Ministerrats vom 17. August, den Juden die Erlaubnis erteile, in den Städten außerhalb des Ansiedlungsrahmens zu wohnen, mit Ausnahme der Residenzstädte und der den Hof- und Kriegsministerien unterstellten Gegenden.“ — Aus diesem kurzgefaßten Zirkular ist zweierlei zu ersehen: erstens, daß das Wohnrecht sich nur auf die verwaltungsmäßig anerkannten Städte ausdehnt, und zweitens daß das Zirkular ungeschicklich ist, denn sogar für Rußland ist es ein starkes Stück, wenn ein ordnungsmäßig erlassenes Gesetz durch ein Ministerzirkular einfach außer Kraft gesetzt wird. Es ließe sich auch auf andern Wegen die Aufhebung der Beschränkungen ebenso schnell, wie durch das Ministerzirkular, verwirklichen. Man scheute aber diese Wege, wahrscheinlich nicht ohne Absicht, und so kann die neue Verordnung jederzeit, auch durch eine Verfügung des Senats, für nichtig erklärt werden.

Der Urlaub der belgischen Soldaten. In der „Independance Belge“ vom 3. August beklagt der sozialistische Abgeordnete Hoher, daß den belgischen Soldaten ein Urlaub nur gegeben wird, wenn sie nachweisen, daß sie die nötigen Geldmittel für den Urlaub oder Verwandte besitzen, die bereit sind, sie aufzunehmen. Dieser Nachweis fällt den meisten schwer. Er ist unmöglich, wenn die Verwandten sich in vom Gegner besetztem Gebiete befinden. Man appelliert daher an die private Wohltätigkeit in Frankreich und England, in der Hoffnung, daß recht viele Familien sich bereit erklären, belgische Urlauber auf einige Tage aufzunehmen. Sonst dürften viele belgische Soldaten, die schon ein volles Jahr in der ersten Verteidigungslinie stehen, auch jetzt den bisher entbehrenden Erholungsurlaub nicht erhalten.

Vom amerikanischen Gewerkschaftlerinnen-Kongress. Der ausführliche Bericht vom Kongress der amerikanischen Frauengewerkschaften, der jetzt vorliegt, ist ein dickes Buch geworden. Der Kongress fand in New York in der ersten Juniwoche statt und hat ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet. Es waren 90 Delegierte anwesend, die in 18 Kommissionen arbeiteten. In einer großen Massenversammlung sprach der Präsident des ameri-

kanischen Gewerkschaftsbundes, Sompers, zur Frage des Frauenstimmrechts, die für die Frauen des Staates New York und anderer Oststaaten mit der Herbstwahlperiode in ein akutes Stadium tritt. Die Frauenstimmrechtsfrage stützt sich natürlich in ausgedehntem Maße auf die Kreise der Gewerkschaftlerinnen. Alle verschiedenen Stimmrechtsvereinigungen haben daher auch dem Kongress Größe und Sympathiebezeugungen übermittelt. Von der praktischen Arbeit der Kommissionen ist erwähnenswert: Berichte und Beschlüsse über Arbeitslosigkeit, Fabrikstrafgesetze gegen Feuergefahr, Minimallohnfragen, Propaganda und Gründung neuer Verbände, Frauenstimmrecht, Unterricht für Rednerinnen und Organisatorinnen. Die Pressekommission teilt zum großen Bedauern aller Delegierten mit, daß die langjährige Redakteurin des Bundesorgans „Life and Labor“, Alice Henry, von ihrem Posten zurücktreten wird, um sich ganz der Fertigstellung ihres noch im Lauf des Jahres erscheinenden Buches „The Trade-Union-Woman“ zu widmen und späterhin das Amt der Lektorin und Leiterin der Unterrichtskurse zu übernehmen. Miß Henry wurde vom Kongress in Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste um das Blatt sehr gefeiert. Mit großem Beifall wurden Größe und Volkshafte aus dem Ausland, das in diesem Jahr auf dem Kongress nicht vertreten war, entgegengenommen. So kamen begrüßende Zuschriften an den Kongress von den englischen, kanadischen, australischen und österreichischen Gewerkschaftlerinnen. Ganz besonderes Interesse fand der Brief des internationalen Präsidenten Karl Legien und der ihn begleitende Bericht Gertrud Hannas über die deutsche Bewegung, ebenso der inhaltreiche Bericht der kanadischen Frauengewerkschaften.

Auch der Krieg fand ein Echo in den Verhandlungen des Kongresses. Vor allem in einem Protest, der die tiefste Abscheu über die russischen Judenverfolgungen ausdrückt und in einer Resolution, die sich der Friedenspropaganda anschließt, für die der Sekretär des New Yorker Gewerkschaftsbundes, Ernst Bohn, und der Arbeiter-Friedensrat die Richtlinien aufgestellt haben. Endlich wurde der Bericht der Delegatin Miß Lenora o'Keefe, die der Frauengewerkschaftsbund zum Saager Frauen-Friedenskongress entsandt hatte, entgegengenommen. Er zeichnete sich durch Lebendigkeit und Wärme aus, welche letztere Eigenschaft leider den tendenziösen Berichten vollkommen fehlte, die diese „Friedensdelegatin“ über ihre kurze Reise nach Deutschland der „Daily Mail“ und anderen Blättern überließ.

Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Bei dem Völkerringen fand in Frankreich den Heldentod unser Kollege

Richard Stöbe,
früherer Kassierer unserer Zahlstelle, im Alter von 22 Jahren.
Sein Andenken hält in Ehren
die Zahlstelle Bittau.

Durch eine feindliche Minensprengung fiel am 1. Oktober unser langjähriges Mitglied

Georg Wagner,
Rotationsarbeiter bei der Firma Spandel, im Alter von 81 Jahren.
Ein ehrenvolles Andenken bewahrt ihm
die Zahlstelle Nürnberg-Kirchh.

Bei einem Patrouillengang in der Nacht vom 29. zum 30. September fand bei La Basse den Heldentod unser Kollege

Robert Hage.
Als Vorsitzender der Zahlstelle war Kollege Hage stets bemüht, die Interessen der Kollegenchaft wirksam zu vertreten.
Ein ehrenvolles Gedenden bewahrt ihm
die Zahlstelle Raumburg a. S.